DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Oktober 10/1999

Studienfahrt nach Haina und Hadamar

Das Krankenhausmuseum Ost hatte zu einer Studienfahrt eingeladen. An der dreitägigen Fahrt nahmen 25 Personen teil, angehende AltenpflegerInnen, StudentInnen, Schüler und Mitglieder des Blauen Hauses. Am Ankunftstag besuchten wir zunächst das Psychiatriemuseum Haina. Hier wurde uns die 800jährige Institutsgeschichte von Kloster und Hospital bis zum "modernen" Krankenhaus gezeigt. Wir konnten "anhand zahlreicher und sehr seltener Exponate Einblicke in die Armen- und Krankenfürsorge der Neuzeit und vor allem der psychiatrischen Behandlung seit dem 16. Jahrhundert" nehmen.

Hoffentlich nur ein Museum. Dunkle Gedanken steigen auf. Fragen nach der Psychiatrie heute, nach Behandlungsformen, an deren Ende die Psychopharmaka, wie auch im Museum zu sehen - stehen. Fragen nach der geschlossenen oder offenen Therapie, nach der Einstellung der Bevölkerung draußen, die oftmals lieber wegschließen möchte, die heimliche Ängste vor den psychischen Kranken verbreitet. Fragen zu den Vorstufen der Euthanasie.

Der antimilitaristische Schilderwald am 1. September in den Wallanlagen (s. BAF 9/99)

Die Gedenkstätte Hadamar liegt auf dem Mönchsberg unmittelbar über dem Städtchen Hadamar. Sie ist Teil der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar, zu einer Dokumentations- und Informationseinrichtung ausgebaut und umgeben vom psychiatrischen Krankenhaus Hadamar. Was Dokumentationszentren, die an den Orten des Verbrechens mit Originalschandräumen entwickelt und errichtet wurden, anhaftet: Sie sind in den Ausstellungsräumen hell und sachlich gut ausgestaltet und aufgearbeitet mit den neuesten Forschungsergebnissen. Auch hier in Hadamar.

Die Aktion T4 (Berliner Tiergartenstraße 4) wurde als Modell des Massenmordes an mehr als 200.000 Psychiatriepatienten auch in Hadamar ausgeführt. Die Gaskammer, das Krematorium, der Friedhof - alles auf dem Mönchsberg über der kleinen Stadt Hadamar heute im Nachhinein als Gedenkstätte zu sehen. In den Kellerräumen wurden zwischen Januar 1941 und August 1942 mehr als 10.000 Menschen vergast. Daneben gab es Sezierräume, in denen den Toten bestimmte Organe entnommen wurden. Für die Besucher unvorstellbar. Und was auch kaum vermittelbar ist und daher der Vorstellungskraft der einzelnen Besucher, den Fragenden in der Gruppe überlassen bleibt, ist immer wieder die Frage: "Wie konnte es dazu kommen?"

Verfolgt man die Lebensgeschichten von Krankenpflegerinnen und -pflegern, die an dieser Tötungsmaschinerie als "Hilfskräfte" beteiligt waren, so stellt man Zustimmung zur Ideologie der Zeit, Abhängigkeitsverhältnisse im System, selten Skrupel fest. Und die Hierarchie von der Leitung zum forschende Arzt konnte innerhalb einer solchen Anstaltsform natürlich besser funktionieren als draußen. Was konnte (durfte) schon nach draußen dringen? Und trotzdem: ohne die heimlich zustimmende Bevölkerung vor Ort, die die Art des Tötens schließlich wegen des Gestanks der Verbrennungsöfen stoppen, aber nicht beenden ließ, wären solche Massenmorde nicht möglich gewesen.

Kurz vor dem Abbruch der Gaskammertötungen "feierte" das zusammengerufene Personal auf dem Mönchsberg die zehntausendste Leiche, aufgebahrt und blumengeschmückt. Danach gingen die Tötungen auf andere Art weiter. So starben bis März 1945 durch Giftspritzen, Überdosen von Medikamenten und Nahrungsentzug noch weitere 4.472 Menschen eines nicht natürlichen Todes in Hadamar, darunter 114 Männer aus der Nervenklinik Bremen Ost. Der 1947 zu lebenslanger Haft verurteilte Anstaltsleiter wurde 1953 begnadigt. Aus einigen Lebensgeschichten von Anstaltsbeschäftigten geht hervor, daß man nicht töten mußte, sondern sich durchaus verändern konnte.

Und heute? Oberhalb des alten Klinikgebäudes befindet sich ein neuzeitlicher Anstaltsbau. Dort sind u.a. Drogenabhängige im Strafvollzug untergebracht. Aufgrund einiger Ausbrüche dieser Gruppe hat die Bevölkerung mehr Sicherheit verlangt. Daraufhin wurde "von oben angeordnet" das schon eingezäunte Gelände zusätzlich mit NATO-Draht zu sichern. Angeblich konnte die Anstaltsleitung dagegen nichts tun. Heute merkt das wohl nur noch ein einzelner Besucher und natürlich die Insassen. Es paßt noch immer alles zusammen: Abgrenzung, Ausgrenzung, Ausschluß. Ängste gibt es weiterhin, die Anstalt auch.

Mein Eindruck: Geschichte - auch die besondere der Euthanasie - wird selten dazu benutzt, Fragen an die Mechanismen der Gegenwart zu stellen. Stichworte: Wiedereingliederung der Richter und Staatsanwälte nach 1945, Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter, Wiederaufbau und Bewaffnung der Bundeswehr mit Nazi-Generälen, Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, die Weiterbeschäftigung von Ärzten, Forschern und Wissenschaftlern in Industrie und beim Staat. ... Die Verfolgten und Betroffenen von damals teilen in Vielem ihr Schicksal mit denen von heute.

Trotzdem empfehle ich solche Gedenkstätten zu besuchen. Zumindest können sie dazu beitragen, die Fragen an die Geschichte mit den Fragen an die Gegenwart zu verknüpfen. Wir sollten dazu beitragen Gedenkstätten in Denkstätten umzuwandeln!

Armin Stolle

Einverständnis mit Opferentschädigung, aber nicht so!

In seiner Rede wies Gerhard Jüttermann von der PDS-Fraktion, am 24. Juni 1999 im Bundestag auf die doppelzüngige Rechtsprechung in der Bundesrepublik hin:

"(...) Ich möchte auf ein weiteres Problem aufmerksam machen: Das geltende Recht ermöglicht es, auch Straftäter, die nach damals gültigen DDR-Recht, also rechtmäßig, verurteilt worden sind, heute zu rehabilitieren und zu entschädigen. Das hat zum Beispiel dazu geführt, daß die frühere KZ-Aufseherin Margot Kunz für eine in der DDR wegen ihrer Verbrechen im faschistischen Deutschland verbüßte Haftstrafe im Jahre 1994 64.000 DM Entschädigung erhalten hat. (HANS-JOACHIM HACKER (SPD): EIN UNMÖGLICHER VERGLEICH!) Zu solchen Ergebnissen kann es kommen, wenn die notwendige Rehabilitierung zu Unrecht politisch Verfolgter zu einer Generalabrechnung mit dem besiegten politischen Gegner mißbraucht wird (HANS-JOACHIM HACKER (SPD): DAS WAR EIN UNZULÄSSIGER VERGLEICH!) (...) Eine Gleichstellung ist noch in anderer Hinsicht geboten. Es ist nicht einzusehen, warum die Opfer politischer Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland - das sind zwischen 1952 - 1968 immerhin 8.000 bis 10.000 Personen - weiterhin von Rehabilitierung und Entschädigung ausgeschlossen bleiben sollen. (Beifall bei der PDS) Ebenso müßten Tausende Opfer der vom Europäischen Gerichtshof für völkerrechtswidrig erklärten Berufsverbote auf der Basis des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 rehabilitiert werden, (Beifall bei der PDS) ganz zu Schweigen davon, daß auch noch viele Opfer des deutschen Faschismus vergeblich auf Rehabilitierung und Entschädigung warten. (Beifall bei der PDS) Solange wir nicht auch für diese Personengruppe tragfähige Lösungen erarbeitet haben, werden wir mit der Gegenwart und Zukunft vor allem im Hinblick auf die Herstellung der deutschen Einheit große Probleme haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der PDS)"

Gerhard Jüttermann sagt zu seiner Vergangenheit in der DDR: *"Ich habe zu DDR-Zeiten als Katholik in Eichsfeld keine Karriere gemacht. Ich bin nicht der SED beigetreten, ich habe keiner Kampftruppe angehört, und ich habe bei der Musterung verweigert, an der Grenze zu dienen. Aber ich habe bereits zu DDR-Zeiten den Mut gehabt, das kritisch zu sagen, was kritisch gesagt werden muß. Das tue ich auch heute; denn vieles ist kritikbedürftig. (...)"*

Willy

Homme Hoekstra rehabilitiert

Das Todesurteil des Volksgerichtshofs vom 22. Mai 1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" und "Feindbegünstigung" besteht nicht mehr. Der frühere niederländische Zwangsarbeiter ist in vollem Umfange rehabilitiert. Das bestätigte am 23.07.1999 Oberstaatsanwalt Priestoph. Mit dem Gesetz zur Aufhebung von nationalsozialistischen Unrechtsurteilen in der Strafrechtspflege hatte der Bundestag bereits am 25.01.1985 einstimmig beschlossen, "daß die als ‚Volksgerichtshof' bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft war".

Priestoph führte weiter aus, daß der Volksgerichtshof ein eindeutiges Gegenmodell zu einer unabhängigen und gesetzesgebundenen ordentlichen Strafgerichtsbarkeit darstellte. "Seine Aufgabe bestand nicht in der Rechtspflege, sondern in der ‚Bekämpfung' von ‚Volksschädlingen'. Seine Richter verstanden sich nicht als Rechtsanwender, sondern als Bestandteile einer ‚Kampftruppe' und als politische Kämpfer für Hitler. Die ‚Recht'-Sprechung diente nicht der Wahrung des Rechts, sondern der Erfüllung des Führerwillens".

Weniger ermutigend war die Nachricht aus dem Finanzministerium vom 13.8.99. Eine Entschädigung wird nicht gewährt. Die Argumente laufen darauf hinaus, daß es sich um eine Reparationsforderung handele, da Homme Hoekstra Ausländer war. Solche Forderungen könnten nur über ein zwischenstaatliches Abkommen bedient werden. Nach der Befreiung vom Faschismus sei nicht über Reparationen verhandelt worden, aber es seien von deutscher Seite welche an die "Siegermächte" gezahlt worden. Die Bundesrepublik habe aufgrund eines Vertrages vom 08.04.1960 DM 125 Mio. für die niederländischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen gezahlt. Nicht einmal Leistungen nach dem Gesetz vom 17.12.1997 (Wehrkraftzersetzung, Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht) könnten ausländischen Rehabilitierten gezahlt werden. Erben und Hinterbliebene "haben regelmäßig kein eigenes Antragsrecht".

Raimund

Hauptsache Ordnung!

Der postmoderne Ordnungsdiskurs und seine Propheten

Die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen veranstaltet diesen Vortrag zusammen mit dem Referenten Armin Stricker (Sozialwissenschaftler), **am 14. Oktober um 19:30 Uhr im Kommunikationszentrum Paradox in der Bernhardstraße 12.**

Eine große Sorge der Weltmanager ist die Frage, wie die Lücke gefüllt werden soll, die das gescheiterte Projekt "Entwicklung" hinterlassen hat. Nachhaltig ist nur einer der globalen Diskurse, die sich anschicken, die programmatische Nachfolge anzutreten - andere sind die Diskurse um Globalisierung, um den Kampf der Kulturen, um Demokratisierung und Zivilgesellschaft oder um die "Neue" Weltordnung.

Gemeinsam ist ihnen allen, daß sie nicht mehr von irgendwelchen Ansprüchen der Menschen ausgehen, sondern nur noch von der Notwendigkeit, den Laden zusammenzuhalten.

Versprochen wird nichts mehr - Hauptsache Ordnung!

Die Condor

26. April 1937: Deutsche "Legion Condor" zerstörte im spanischen Bürgerkrieg mit Bomben die baskische Stadt Guernica, so ergänzten sie die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925 in ihrem "Kalendarium". War doch schon damals die Luftwaffe entgegen dem Versailler Vertrag heimlich wieder im Aufbau. 1937 probten sie dann den totalen Luftkrieg an der Seite des spanischen Diktators Franco gegen Guernica! Die Begeisterung hierüber führte auch in Bremen zu Straßen-Umbenennungen in "Franco-Allee", "Legion-Condor-Straße" und "Spanischer Platz"!!! Bremen, die führende Stadt der NS-Kriegsproduktion, rüstete daher auch für die großdeutschen Ziele mächtig auf. Was lag daher näher als das künftige Langstreckenflugzeug "Condor" zu kaufen? Eine zivilisierte Ausgabe davon leistete dann, 14 Monate nach der Zerstörung Guernicas, diesen so gerühmten Transatlantikflug, sicherlich auch zur Demonstration technisch-militärischer Stärke dieses deutschen Regimes per besonderer fliegender Waffe! Man "diente" eben nicht "nur der Technik"! (...) Heißt doch auch der einstige "Spanische Platz" längst wieder "Am Stern"! Nur in der neuen "Bremen-Halle" auf dem Airport steht das Modell dieser "Condor", noch ohne Hinweis auf diese kriegspolitischen und historischen Zusammenhänge, was dann flugs nachzuholen wäre! ..

Rainer Habel

Eindrücke eines Gedenkstättenbesuches

Der Besuch der Gedenkstätte Brandenburg inmitten des Zuchthauses in Görden ist nachdrücklich zu empfehlen.

Schon 1980/86 hatte eine Kommission ehemaliger politischer Häftlinge unter Leitung des Kameraden Arthur Mannbar (Berlin) sieben Bände eines Ehrenbuches mit Namen und Daten von 1722 hingerichteten politischen Häftlingen erarbeitet. Ihre sterblichen Überreste (und zugehörige Namensplatten) finden sich, soweit sie nicht in ihre Heimatorte zurückgeführt wurden, auf dem Ehrenhain Brandenburg.

Joachim Görlitz (Leiter des Dokumentationszentrums Brandenburg-Görden) arbeitet zur Zeit die Akten weiterer 1021 Hingerichteter auf, deren Delikte nicht eindeutig als politische eingestuft wurden, wie wir es aus der Debatte um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure kennen.

Bemerkenswert ist die Arbeit an der Konzeption der Gedenkstätte, die bemüht ist, die Ausgrenzung rassisch und religiös Verfolgter zurückzunehmen und anhand ihrer Akten ihre Rolle in Verfolgung und Widerstand detaillierter herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht nach wie vor das Schicksal der Widerstandsgruppen um Anton Saefkow, Franz Jacob und Herbert Bästlein, die ein Bindeglied zwischen wesentlich kommunistisch orientiertem Arbeiterwiderstand und militärischen Widerstand um die Männer des 20. Juli darstellten. Überarbeitet wird die Darstellung der Rolle der Zeugen Jehovas (101 von 500 bisher aufgearbeiteten Akten), aber auch anderer christlicher Widerständler, wie etwa des Landwirts Franz Jägerstetter, der nicht zuließ, daß seine zwei Söhne in den Krieg zogen. Auch Max Sievers, der Vorsitzende des Freidenkerverbandes, wurde in Brandenburg hingerichtet.

Mit diesem Fallbeil wurden im ehemaligen Zuchthaus Görden Widerständler von den Nazis hingerichtet.

Neben den Hinrichtungen im Zuchthaus ist Brandenburg berüchtigt für einen neunmonatigen Großversuch zur Massenvernichtung von Euthanasieopfern im Jahre 1940. Vier Stelen und die hochgemauerten Grundrisse der Tötungsgebäude erinnern im Zentrum Brandenburgs an diesen grauenhaften Teil des Landeskrankenhauses, dem heutigen Sitz der Stadtverwaltung.

Raimund

Widerstandsmuseum Leeuwarden

Leeuwarden war in den dreißiger Jahren eine sozialdemokratische Hochburg. Im Gebäude des Arbeiter-Jugend-Centrums befindet sich heute eine Kindertagesstätte. Homme Hoekstras Geburtshaus steht nicht mehr, wohl aber die Straße, in der es stand. Zehn Tage nach der Besetzung der Niederlande durch die deutsche Wehrmacht wurde eine niederländische Zivilverwaltung eingesetzt. Die 65.000 Einwohner Leeuwardens standen unter der Gewalt von deutschem SD im Burmanhuis und niederländischer grüner Polizei.

Sehenswert das Widerstandsmuseum im Friesischen Museum. Dort werden in einer Abteilung am Beispiel der fiktiven Familie Van der Meulen die Kollaborateure gezeigt. Der Vater tritt schon zu Beginn der dreißiger Jahre in die niederländische Nazi-Partei ein. Der Sohn durchläuft die faschistische Jugendgruppe und geht später in die Waffen-SS und fällt in Rußland. Frau und Tochter werden kurz vor Kriegsende nach Deutschland gebracht. Nach der Befreiung wird der Vater interniert und zu sechs Jahren verurteilt.

Der größte Teil der Bevölkerung versuchte sich unter der Besatzung anzupassen, nicht aufzufallen. Unter dem Motto "Mensch ärger dich nicht" nehmen sie Ersatzkaffee, Lebensmittelmarken, Tauschhandel mit den nötigsten Produkten zum Überleben, Verbote, die Beschlagnahme wie auch Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit und Nachrichtenübermittlung in Kauf, aber auch Geiselhaft, die Verhaftung von Widerstandsleuten und die Judendeportation.

Es gab Menschen, die keine Wahl hatten, deren Einschränkungen durch äußere Symbole bezeichnet waren, deren Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben gesetzt, deren Deportation in den sicheren Tod vorgezeichnet war. Konnten sich jüdische Mitbürger bis 1939 manchmal noch in die Niederlande retten, so begannen 1941 die großen Razzien auf die männliche jüdische Bevölkerung. Über das Durchgangslager Westerbork führte der Weg in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Eine Weg, den eine kleine Minderheit beschritt, war die Teilnahme am Widerstand aus politischen oder religiösen Motiven. Das begann mit dem Unterlaufen behördlicher Anordnungen bis hin zum Untertauchen. Die Herstellung illegaler Druckschriften, Kuriertätigkeiten, die Organisierung gefälschter Papiere und Lebensmittelkarten, die Unterstützung Untergetauchter, die Aufnahme des bewaffneten Kampfes werden an Symbolen verdeutlicht. Die gelungenste Aktion war die Befreiung von 51 Widerständlern aus dem festungsgleichen Gefängnis Leeuwardens am 08.12.1944.
Im Museum gibt es auch einen Gedenkstein zur Erinnerung an die umgekommenen friesischen Zwangsarbeiter.

Raimund

Veranstaltung

Am Beispiel der USA und der Türkei wird die Todesstrafe als Mittel der politischen Repression analysiert. Im Vergleich wird erst die historische Entwicklung der Strafjustiz untersucht, um dann ihre Bedeutung als härtestes Strafmittel einer repressiven Gesellschaft herauszuarbeiten.

Die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen veranstaltet diesen Vortrag zusammen mit VertreterInnen der "Mumia-Kampagne" und des Komitees "Für das Leben von Abdullah Ocalan" **am 20. Oktober um 19:30 Uhr im Kommunikationszentrum Paradox in der Bernhardstr. 12**

Innenressort auf dem Weg zur Wiedereinführung der "Dunkelhaft"?

Die politisch Verantwortlichen an der Spitze des Innenressorts haben in der ehemaligen Kaserne Vahr und jetzigem Polizeipräsidium für Abschiebehäftlinge eiskalt einen "schlachthofartigen" und an "Leichenhalle" erinnernden Bautrakt geplant, errichtet und ca. 70 Millionen DM dafür bezahlt (Frankfurter Rundschau, TAZ, Weser Kurier u. a. Presseorgane berichteten darüber).

Es entstand ein Bau, dessen Innenwände hochgekachelt, ohne Fenster und Möglichkeiten in die Natur zu schauen, Licht und Luft von draußen hereinzulassen. Intime Nischen mußten erst nach Anstoß von Außenstehenden errichtet werden.

Organisationsfähigkeit von unten die politische Spitze endlich dazu, den Rückbau der Kacheln, das Einsetzen von Fenstern und eine Hof- und Freizeitgestaltung für die dort Inhaftierten zu "organisieren".

Aus: Frankfurter Rundschau

Sozialsenatorin, Gesundheitsamt, die Grünen sowie Flüchtlingsinitiativen forderten nämlich Nachbesserungen. Die einzige Verbindung mit der übrigen Welt - ein Fernseher - wurde gestiftet und vom Personal instandgesetzt. Hoffentlich animiert diese Noch verteidigt die politische Doppelspitze der Innenbehörde ihre "vorausschauend multifunktionale" Architektur u.a. sinngemäß damit, daß, wenn alle Asylsuchenden und Illegalen eingefangen, weggesperrt und exportiert worden sind, dieser Komplex des Polizeigewahrsams z.B. auch für Betrunkene gedacht sei. Diese Gruppe wird aber sicher keinen Schaden daran nehmen, wenn sie nach Erwachen aus dem Vollrausch die Freiheit in Form von Licht und Natur durch ein Fenster erblickt.

Die CDU in der neuen Bremischen Bürgerschaft begrüßte sogar den "zielorientierten Kurs" ihrer politischen Freunde in der Führung der Innenbehörde. Während Kameraden aus einer ganz anderen Abteilung, nämlich der Luftwaffe, am Mittwoch, d. 25.8.1999 schon mal "den Kampf um Bremen am Himmel" abdonnerten.

Grüne und Sozialdemokraten in der Bremischen Bürgerschaft, laßt nicht locker: Entschärft das Abschiebegefängnis so, daß auch die Flüchtlingsinitiativen und andere Menschenfreunde damit leben können.

Ingrid

Die Republik vor Gericht 1975 - 1995

Im zweiten Band seiner Erinnerungen läßt Heinrich Hannover deutlich werden, woran die Bundesrepublik auch noch nach den gesellschaftlichen Veränderungen von 1968 krankte: Der Staat hatte mit den Terroristen der ersten und zweiten Generation (Verfahren, die sich zum Teil bis in die achtziger Jahre zogen) längst seine Schuldigen benannt. Heinrich Hannover aber, dessen Erinnerungen spannend wie ein Krimi zu lesen sind, liefert dem Leser anhand seiner spektakulärsten Fälle eine andere, differenziertere Sicht der Dinge und zeigt, daß sich auch in späteren Jahrzehnten die Justiz der Bundesrepublik politisch instrumentalisieren ließ, und stets ihre Kritiker verfolgte - so z.B. die sogenannten staatsfeindlichen Kommunisten, Kriegs- und Atomwaffengegner.

Der Justizapparat der BRD wurde durch die "furchtbaren Juristen" aus der Zeit des Nationalsozialismus aufgebaut, die auch die folgenden Generationen von Juristen stark beeinflußten.

Heinrich Hannover wurde mit seinem Engagement für unvoreingenommene Rechtsprechung zum kompetenten, für die Gegenseite immer unbequemen Fürsprecher und "Anwalt" einer Generation, die Völkermorde anprangerte und gegen Kriege als Verbrechen aufbegehrte. Nach der Wende im Jahre 1989 war der Autor Verteidiger unter anderem Hans Modrows im Verfahren wegen deutsch-deutschen Landesverrats und rollte Ereignisse wieder auf, die im öffentlichen Bewußtsein als verjährt galten, wie z.B. den Mord an Ernst Thälmann oder das Verfahren gegen Carl von Ossietzky.

Heinrich Hannover - Die Republik vor Gericht 1975 - 1995, Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts (Band 2), 496 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Aufbau-Verlag, Berlin, 49,90 DM, gebunden und Schutzumschlag, ISBN: 3-351-02481-9

Willy

Vortrag über Rassenbiologie

In diesem Vortrag werden die Anfänge und Entwicklungen rassenbiologischer Denkweisen aufgezeigt, sowie Ursprünge des radikalen Rassismus ausführlich vorgestellt. Bezugnehmend auf Darwins Abstammungslehre wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Darwin ein "Sozialdarwinist" war. Die Verbindungen des "Sozialdarwinismus" zur "Arierlehre" soll aufgezeigt werden.
Der Referant, der Wissenschaftshistoriker Dr. Ingo Harms, ist Verfasser zahlreicher Aufsätze und Publikationen zur Sozialgeschichte der Naturwissenschaften. Seit Ende der 80er Jahre beschäftigt er sich mit der nationalsozialistischen Medizin- und Gesundheitspolitik.

Die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen veranstaltet diesen Vortrag **am 26. Oktober um 20:00 Uhr im Bürgerhaus Weserterrassen am Osterdeich 70b.**

Ehemalige ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine besuchen Bremen

Bremer Hilfsfond für ehemalige Zwangsarbeiter/innen

Die Bremer Bürgerschaft hat sich am 21.5.1999 nicht nur mit großer Mehrheit für eine Unterstützung der geplanten Bundesstiftung ausgesprochen, sondern gleichzeitig auch der Landesebene einen "Hilfsfond für ehemalige Bremer Zwangsarbeiter/innen in Ost und Südeuropa" gegründet. In diesem Fond sollen Mittel zu gleichen Teilen von der Landesregierung und von ansässigen Wirtschaftsunternehmen zusammengetragen werden.
Die bisher gezahlten Gelder ermöglichen es, daß im Oktober 1999 eine Gruppe von ca. 20 ehemaligen Zwangsarbeiter/innen und Begleitpersonen aus der Ukraine Bremen besuchen werden.
Organisiert wird der Besuch in Bremen in Zusammenarbeit von dem "Verein Walerjan Wróbel, Verein Zwangsarbeit e.V." mit dem Senator für Arbeit. Der Verein verfügt über humanitäre Hilfeleistungen für ehemalige Zwangsarbeiter/innen bereits über zahlreiche Kontakte in die Ukraine.
Vertreter/innen ukrainischer Zwangsarbeiterverbände haben die Vorbereitungen vor Ort bereits aufgenommen.

Besuchsprogramm in Bremen

Die Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter/innen wird sich vom 10.-17.10.1999 in Bremen aufhalten.
Im Zentrum des Besuches steht die für die Betroffenen schmerzvolle Konfrontation mit der eigenen Geschichte als Zwangsarbeiter/innen an den Orten der ehemaligen Arbeitsstätten und Lager. Von den Besucher/innen wurde aber auch der Wunsch nach öffentlichen Begegnungen und Veranstaltungen und eher touristischen Programmpunkten geäußert.

Ebenso besteht bei vielen das Interesse, den Alltag im heutigen Bremen kennenzulernen, wofür sich Einladungen bei privaten GastgeberInnen anbieten würden. Das Besuchsprogramm bleibt somit in weiten Teilen auf aktive Mithilfe und Unterstützung von Interesssierten angewiesen.
Insbesondere werden noch Begleitpersonen für die Ausflüge und Dolmetscher/innen (mit deutsch/russischen bzw. deutsch/ukrainischen Sprachkenntnissen) gesucht.

Nähere Informationen sind zu erhalten bei:
Verein Walerjan Wróbel
Verein Zwangsarbeit e.V.
c/o Am Staatsarchiv 1
28203 Bremen
Tel.: 0421- 361-6528
Fax: 0421-361-10247

Filmauswahl

Ab Oktober ist geplant, an jedem Montag, mit Ausnahme jedes 4. Montags im Monat, um 20:00 Uhr, eine Auswahl von Filmen anzusehen, die wir für verschiedene Aktionen erwerben wollen. Wer Interesse hat, uns bei dem Auswählen von geeigneten Filmen zu unterstützen, ist willkommen.

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geb.-Datum _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Bildungsarbeit

Einen bunten und gut sortierten Aktenordner voller Anregungen für "nichtrassistische Bildungsarbeit" nicht nur mit Jugendlichen hat die IG Metall-Jugend, bzw. das DGB-Bildungswerk Thüringen erstellt. Der Ordner ist als "Baukasten" angelegt, d.h. er hält alles parat was man für ein "Seminar zum Selberbauen" benötigt, nämlich Anregungen für die inhaltliche wie formale Gestaltung.

Zu einem positiven Erlebnis wird ein Seminar bekanntlich erst dann, wenn die Balance zwischen Spielregeln einerseits und Improvisation andererseits eingehalten wird. Eine direktive Gestaltung wäre dem Inhalt auch nicht gerade angemessen, ist der gesellschaftliche und auch organisatorische Hintergrund und Anlaß dieses Ordners doch eine alarmierende (Rechts-)Entwicklung unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen, wie interne Studien der IG Metall ergeben haben.

Im Vorwort heißt es denn auch: "Seit Freud wissen wir, daß die Menschen nicht nur durch die Vernunft, sondern in hohem Maße auch durch - oft unbewußte - Antriebe, Gefühle und Ängste geleitet werden (...) Keine Herrschaft, kein Herrschaftssystem funktioniert nur durch äußeren Zwang. Wo Herrschaft ist, werden die Menschen nicht nur beherrscht. Sie beherrschen sich im wahrsten Sinne des Wortes auch selbst - sei es durch Angst vor den Herrschenden oder durch Identifikation mit ihnen. Für die Bildungsarbeit heißt das:
Es reicht nicht aus, den Menschen die Wahrheit zu sagen, sie aufzuklären und aufzufordern, ihren Verstand zu gebrauchen. Die individuellen Sichtweisen, die subjektive Verarbeitung gesellschaftlicher Verhältnisse müssen stärker Themen werden (...) Die Schwierigkeit, "Nein" zu sagen, verdient dabei besondere Aufmerksamkeit.

Widersprechen zu lernen, erfordert eine demokratische Bildungspraxis, in der Dissens möglich ist und Konsens erarbeitet wird; in der der Lehr-/Lernprozeß von Teilnehmenden und ReferentInnen gemeinsam gestaltet wird; in der Toleranz erlaubt, Konflikte offen auszutragen und zu bearbeiten."

Bezug des Ordners "Bausteine zur nichtrassistischen Bildungsarbeit - Keine Toleranz für Nazis!":
DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 150,
99084 Erfurt

Thomas

Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

Am Samstag, 6. November 1999 in der Begegnungsstätte Haferkamp
Beginn: 15.00 Uhr,

Mitgliedsbücher bitte mitbringen!

Tagesordnung:
01.Eröffnung, Begrüßung, Ehrung der Verstorbenen, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
02.Beschlußfähigkeit, Abstimmung über Tagesordnung, Wahl- und Geschäftsordnung
03.Bericht des Landesvorstandes, Kassierer- und Revisionsbericht
04.Politische Fragestellungen heute (ein Jahr Rot-Grün, Wahlen)
05. Aussprache, Grüße, Entlastung
06. Wahl der/des Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers, Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
07. Wahl der Revisorinnen
08. Anträge, Beschlußfassung
09. Schlußwort

i.A. der Landesvorstand

Geburtstage im Oktober 1999

Siegfried Stoppelmann	05.10., 86 J.
Raimund Gaebelein	10.10., 52 J.
Helmut Peters	18.10., 76 J.
Ernst Uhl	27.10., 67 J.
Heinrich Hannover	31.10., 74 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Antifaschismus als zentrales Thema

"Ich hoffe, daß Antifaschismus ein zentrales Thema wird". Das war die Auffassung von Bürgermeister Henning Scherf 1989. Damit hat er auch gegenwärtig noch Recht. Denn, wer die Wahrheit nicht fürchtet, muß zugeben, daß der Antifaschismus leider nur in den ersten Nachkriegsjahren zentrales Thema war.

Der Schwur der KZ-Häftlinge, "Nie wieder Faschismus und Krieg", war für die Menschen damals Hoffnung, Überzeugung und Richtschnur. Auch Adenauer trug dieser Stimmung Rechnung. 1946 erklärte er in Köln: "Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen (...) Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel".

Ernst hatte er diese, seine eigenen Worte, in der folgenden Zeit nicht genommen. Statt den Antifaschismus als zentrales Thema seiner Politik zu machen, zog er es vor, tiefbraune Nazis zu dulden, sie in die CDU aufzunehmen und sie zu seinen engsten Beratern zu machen. Erst recht als Kanzler verfolgte er das genaue Gegenteil seines Versprechens von 1946. Gustav Heinemann, sein erster Innenminister, hatte das erkannt und reichte seinen Rücktritt ein. Heinemann dürfte für so manche Politik-Obere ein Vorbild sein.

Wer ehrlich den Antifaschismus zum zentralen Thema machen will, und aus den Fehlern der Vergangenheit Lehren zieht, der sollte den Worten von Bürgermeister H. Scherf von 1989 folgen. Damals erklärte Scherf: "Wir (damit war die SPD gemeint - A.E.) verstehen uns als antifaschistische Partei (...) Sozialdemokraten waren im Konzentrationslager, meine Eltern, meine ganzen politischen Leitbilder haben die Verfolgung erlebt (...) Ich beobachte auch unser Verhältnis zur VVN".

Das war und ist richtig! Richtig war auch seine Einschätzung, die er wenige Jahre später, am 2. September 1995, gab.

Im "Weser Kurier" vom 2.9.95 ist dazu nachzulesen: "Nie wieder Krieg! Was ist aus diesem Schwur geworden?" Bürgermeister H. Scherf ging auf den 2. Weltkrieg ein, der mit dem Überfall auf Polen begann, und sprach vom "größten Morden, das die Geschichte kennt". 55 Millionen Menschen seien umgebracht worden. Nie wieder Krieg! So habe hinterher der Schwur gelautet. Doch alleine 1994 habe es 121 kriegerische Konflikte gegeben. Weiter sagte Scherf: "Wir (...) spüren den brennenden Wunsch, das Morden möge ein Ende nehmen". Richtig!

Die Frage eines Zwischenrufers lautete: "Was willste denn machen?" Der Schwur der KZ-Häftlinge: "Nie wieder Faschismus und Krieg" muß angestrebt werden. Und das ist am besten möglich, wenn der Antifaschismus zentrales Thema, und nicht nur in Deutschland wird. Statt Spitzen-Export bei Rüstungsmaterialien anzustreben, wäre es gesünder und vernünftiger, die Politik der Antifaschisten und ihrer Organisationen zu fördern. Das ist möglich, indem man dort Mitglied wird, oder durch finanzielle Förderung. Die Parteien könnten das in ihren Reihen empfehlen, sowie die Medien diesbezüglich anhalten.

Die VVN-BdA läßt sich von den Lehren und Erfahrungen des Widerstands leiten. Sie ist offen für alle, die für Demokratie und Frieden und gegen Nazismus eintreten. Antifaschistischer Politik entspricht es, Verunglimpfungen des Widerstands entgegenzutreten und die Hetze gegen andere Völker zu bekämpfen, wo immer es notwendig ist. Der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Wir brauchen dazu breitere Unterstützung von Politik und Regierung.

Alois

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!